

Die Parteitagsstrategie der PDS ist der Führung erstmals entglitten

Das Korsett der alten Ideologie

Viola Neu

Der PDS-Parteitag in Münster vom 7. bis 9. April 2000 brachte für die PDS auf zwei Ebenen überraschende Ergebnisse. Zum einen hat der Parteivorstand eine empfindliche Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen, indem der friedenspolitische Antrag keine Mehrheit fand. Zum anderen stellt sich durch den Rücktritt von Bisky vom Parteivorsitz und von Gysi vom Fraktionsvorsitz die Frage der personellen Neuorientierung, die selbstverständlich auch immer die Frage der inhaltlichen Positionierung beinhaltet. Daher wird die PDS auf dem Parteitag im Oktober eine wegweisende Entscheidung treffen müssen, von der die Überlebensfähigkeit der PDS in Zukunft abhängt. Sie wird – mit der innerparteilichen Integrationskraft Biskys und der außerparteilichen Mobilisierungsfähigkeit Gysis – zwei Führungskräfte verlieren, die der Partei Festigkeit und Image verliehen. Vor allem der innerparteiliche Ausgleich zwischen den heterogenen Strömungen in der PDS wird für den neuen Vorstand eine große Herausforderung darstellen. Sollte die Schlichtung nicht gelingen, wird die PDS unweigerlich den Weg der innerparteilichen Zerfleischung einschlagen, der sie in ihrer Kampagnen- und Mobilisierungsfähigkeit stark einschränken wird. Doch unabhängig davon, welchen Kurs die PDS nach den Neuwahlen des Parteivorstandes und des Frak-

tionsvorsitzes einschlagen wird, scheint sie endgültig den Kampf um den Anschluss an den Westen verloren und aufgegeben zu haben. Obwohl der Parteitag kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen stattfand, wurden die Mobilisierungsmöglichkeiten nur „formell“ und ohne inneres Engagement genutzt. Auch das magere Abschneiden bei der Landtagswahl (1,1 Prozent) verdeutlicht, dass die PDS nach wie vor im Westen ein Schattendasein fristet. Daher scheint zumindest eine Zukunftsprognose sicher: Wenn sie überleben wird, dann nur als ostdeutsche Regionalpartei.

Allgemeine Lage

Seit 1996 (4. Parteitag in Magdeburg) wird die Frage der programmatischen Entwicklung der PDS durch den Streit, ob Regierungsbeteiligungen und Koalitionen der PDS wünschenswert sind, überlagert. Alle inhaltlichen Positionen sind vor diesem Hintergrund zu bewerten. Die „Fundamentalisten“ befürchten, dass die inhaltlichen Neupositionierungen – ob Parteiprogramm oder militärische Einsätze – dazu dienen, dass die PDS sich auf die Rolle, potenzieller Koalitionspartner für die SPD zu sein, vorbereitet. Da für die Fundamentalisten Regierungsbeteiligungen die PDS „von der reinen Lehre“ abbringen und grundsätzliche

sozialistische Positionen infrage stellen, lehnen sie die programmatischen Korrekturen ab. Sie befürchten, dass die Einbindung in Regierungsentscheidungen das sozialistische Profil verwässern und sie dadurch im Parteiensystem überflüssig würden.

Verständnis einer Staatspartei

Die Befürchtungen der Fundamentalisten haben einen realen Hintergrund. Die PDS „Realos“ der Führung (unter anderen Brie, Gysi, Bisky und die mächtigen Vertreter der Länder wie Holter, Zimmer, Claus, Pau) wollen die PDS aus dem Stiefmütterchendasein herausführen. Das prinzipielle Verständnis der PDS ist traditionell das einer Staatspartei. Sie fühlen sich – durch die Wende in der DDR – zu Unrecht in die Oppositionsrolle versetzt und möchten zurück an die Macht. Daher zielen die programmatisch-inhaltlichen Veränderungen der PDS bewusst auf die potenziellen Bündnispartner, insbesondere auf die SPD.

Neben der Frage, wann das Parteiprogramm überarbeitet und neugefasst wird, standen auf dem Parteitag inhaltliche Fragen im Vordergrund, die auf das im Westen mobilisierbare Grünen-Wählerpotenzial zielen: Antimilitarismus, Ökologie, Feminismus und Entwicklungspolitik. Inhaltlich ist das Angebot der Anträge an die linke Wählerklientel jedoch dürftig und nicht mehr auf dem Stand der Zeit.

Offenkundig geht der Parteibasis der stramme auf Regierungsbeteiligungen ausgerichtete Kurs der Parteiführung zu weit. Die PDS ist im Jahr 2000 weiter von einer Neupositionierung entfernt als bisher. Die zum Teil realitätsfernen Inhalte der Anträge, die auch im Erkenntnisstand und der Analyse der politischen Situation weit hinter de-

nen der anderen Parteien zurückliegen, lässt die PDS in einem Licht erscheinen, das sie bisher zu verdunkeln versuchte: Sie ist weder politik- noch regierungsfähig. Die PDS orientiert sich wieder verstärkt an ihrem politischen Grundsatz, dem Antikapitalismus, gekoppelt mit anti-westlichen Ressentiments.

Seit die PDS auf Regierungsbeteiligungen hinarbeitet, wird die Sichtbarkeit extremistischer linker Gruppierungen auf den Parteitag zurückgedrängt. Fanden sich früher bunte Gruppen aus der (auch gewaltbereiten) linksextremistischen, anarchistischen und autonomen Szene auf den Parteitagen ein, ist seit einigen Jahren ein Trend des „Unsichtbarmachens“ erkennbar. Zwar finden und fanden bekanntlich Linksextremisten der unterschiedlichsten Provenienz in der PDS eine neue Heimat; da sie dadurch aber im Visier des Verfassungsschutzes ist, versucht sie zumindest auf den Parteitagen zu verschleiern, was und wer sich in ihrem Umfeld befindet. Dass auf dem Parteitag in Münster die Hamburger PDS als extremistischer Störfaktor auftrat, der die Parteitagsregie in Unordnung brachte, wurde im Nachhinein von der Parteiführung kritisiert.

Die bevorstehenden Rücktritte von Bisky und Gysi haben den Reformkräften in der PDS zusätzlich geschadet. Da beide es aufgrund ihrer hohen Integrationskraft immer verstanden, die PDS langsam in Richtung Koalitionsfähigkeit zu bewegen, ist nach dem Rückzug zu erwarten, dass die fundamentalistischen Strömungen in der PDS im Machtkampf wieder stärker werden. Da sich die PDS auf absehbare Zeit mit sich selbst beschäftigen wird, wird es auch unwahrscheinlicher, dass sie ihre Wahlerfolge wiederholen kann. Vor allem für den Westen deuten die Signale des Parteitages nicht

Das Korsett der alten Ideologie

darauf hin, dass es ihr gelingen könnte, ihr Wählerpotenzial auszubauen.

Parteitagestrategie

Die PDS hat auch 2000 versucht, eine seit Jahren erprobte Inszenierung des Parteitages durchzuführen. Etwa ein halbes Jahr vor den Parteitagen wird (meistens vom Bundesvorstand) ein programmatisches Papier vorgelegt, das im Verdacht der zunehmenden Sozialdemokratisierung steht. Darauf beginnen die so genannten „Fundamentalisten“ (unter anderem Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum) mit einer massiven Auseinandersetzung um die vermeintliche Gefährdung ihrer ideologischen Positionen. Diese Fundamentalisten, die eigentlich ihren Burgfrieden mit der PDS geschlossen hatten, wurden von der Führung für die nach außen wichtige „Gut-böse-Debatte“ instrumentalisiert. Die Reformer erstrahlen nur dann im neuen Glanz, wenn sie sich gegen die vermeintlich schlimmere Alternative abgrenzen können. Um es noch einmal klarzustellen: Bei der Diskussion innerhalb der PDS geht es nicht um das Ziel, sondern um den Weg. Das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft in den Farben der DDR steht fest. Die Reformer bevorzugen lediglich den Weg der inneren Aushöhlung der Demokratie, die Fundamentalisten träumen eher von einer Art sozialistischer Revolution, die durch eine entsprechende Mobilisierung von Gegenkräften durchgeführt werden soll.

Zu den weiteren Momenten der Strategie gehört es, unmittelbar im Vorfeld der Parteitage durch Äußerungen prominenter Vertreter der PDS in West-Medien die fundamentalistischen Strömungen zu bestärken. Dieses Jahr fand dies sowohl im *Stern*

(Interview mit Andre Brie, MdEP, vom 6. April 2000) als auch in der *Frankfurter Rundschau* (7. April 2000) in einem Interview mit Dieter Dehm (stellvertretender Parteivorsitzender) statt. Brie kritisiert zum einen, dass die Programmdebatte jetzt nicht stattfindet, da der Reformwille in der PDS zu gering sei. Dehm bekräftigt nochmals die Argumentationslinie der Bundestagsfraktion, die bei Militäreinsätzen ein Einzelfallprüfungsrecht haben möchte und nicht pauschal jede militärische Intervention verdammen will.

Wie der Verlauf des Parteitages jedoch verdeutlichte, ist diese Strategie zum ersten Mal nicht aufgegangen. Die dogmatischen Altideologen haben der Parteiführung eine schwere Niederlage zugefügt. Damit hat sich die PDS weit von ihrem bisherigen Ziel, koalitionsfähig zu werden, entfernt.

Innerparteilicher Protest

Eine der Ursachen für den innerparteilichen Protest ist der beginnende Kampf um die Nachfolge von Lothar Bisky. Das Machtvakuum, das der bislang die unterschiedlichen Flügel integrierende Vorsitzende hinterlässt, wird nicht automatisch von einem der „Ziehkinder“ ausgefüllt werden können. Dies macht die Beschlusslage deutlich. Dietmar Bartsch erfüllt nicht die Kriterien eines Wunschkandidaten, da er als gleichermaßen technokratisch und nicht kompromissfähig gilt. Zudem hat ihm die misslungene Parteitagestrategie Kritik eingebracht. Auch Petra Pau haftet der Makel an, zu sehr auf der Seite der alten Führung um Gysi und Bisky zu stehen. Ob es einem Landesverband gelingt, einen Kandidaten zu präsentieren, ist noch offen, da auch dieser Kreis mit dem Stigma der Realpolitik versehen ist. Der jüngst vom Parteivorstand nominierten

Gabi Zimmer lastet ebenso wie Roland Claus (im Gespräch als Nachfolger Gysis) ihre Neigung zum Realo-Flügel an. Ob es der PDS tatsächlich gelingt, zwei zentrale Führungspositionen aus einem Lager zu besetzen, bleibt offen. Auf dem Parteitag hat sich Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP) geschickt positioniert. Sie gehört zwar dem realpolitischen Flügel an, hat sich aber in der friedenspolitischen Debatte gegen den Antrag der Parteiführung ausgesprochen. Damit könnte sie sich in der Führungsfrage als Kompromisskandidatin ins Gespräch gebracht haben, zumal auch nach der Nominierung von Gabi Zimmer das Rennen noch offen ist.

Außerdem sind der politischen Grundgestimmtheit der Basis Fragen, die über die marxistische (zum Teil auch leninistische) Kapitalismusfrage hinausgehen, fremd. Da politische Inhalte immer in das Korsett der kapitalistischen Weltansicht passen müssen, fällt es der PDS schwer, unideologische pragmatische Entscheidungen zu fällen. Dies ist ein Grunddilemma der PDS, das in der Vergangenheit – wohl aus Parteiräson – zurückgedrängt wurde, nun aber wieder verstärkt aufbricht.

Betrachtet man die Reaktionen der Basis auf dem Parteitag, ist die Auseinandersetzung im Vorfeld des Parteitages von der Führung zu heftig betrieben und somit der Basis zu viel zugemutet worden. Hierzu zählen zum einen der Ausgrenzungsversuch der „dogmatischen Linken“ durch Gysi, die sich daran anschließende Debatte um den Ausschluss von Gerhard Brantsner aus der PDS, der in polemischer Weise auf das Gysi-Interview reagierte, und die darauf folgenden offenen Briefe von Gysi an die Partei und die Antwort der Kommunistischen Plattform. Die PDS-Führung hatte das tatsächliche Ausmaß des innerparteilichen Protestes

gründlich unterschätzt. Bislang fanden kritische Anträge des Parteivorstandes bei etwa zwei Dritteln der Delegierten Zustimmung. Bei dem Münsteraner Parteitag kippte die Stimmung völlig um, und die Gegner der Führungsriege erhielten die Stimmen etwa von zwei Dritteln der Delegierten. Damit ist auch die ursprüngliche Parteitagsstrategie der PDS-Führung entglitten.

Sowohl bei der Programmdebatte als auch bei der friedenspolitischen Debatte haben die „Realpolitiker“ eine Niederlage erlitten. Die Programmdebatte wurde entgegen der ursprünglichen Planung verschoben. Damit hat die Parteiführung ihren Kritikern zunächst den Wind aus den Segeln genommen, musste aber in diesem Kompromissantrag weit von ihrer ursprünglichen Zielsetzung abweichen.

Friedenspolitischer Antrag

Der Antrag des Parteivorstandes „Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung“ wurde deutlich abgelehnt. Die Kernfrage, ob die PDS im Ausnahmefall den Stopp eines Völkermordes oder einer Aggression mit militärischen Mitteln durch den UNO-Sicherheitsrat hinnehmen oder akzeptieren kann, führte zu emotionalen Auseinandersetzungen. Dabei sprengte die Debatte nicht nur den vorgesehenen Zeitrahmen, sie erinnerte durch Anträge und Gegenanträge an das chaotische Antragsverwirrspiel der frühen Grünen. Letztlich wurde dem Parteivorstand völlig die Regie aus den Händen genommen. Doch nicht nur das Antragschaos erinnert an die Grünen, auch durch die inhaltliche Auseinandersetzung um die Haltung der PDS zu militärischen Einsätzen wehte ein „grüner“ Hauch.

Das Korsett der alten Ideologie

Inhaltlich hat sich die PDS in dem Antrag zu den Militäreinsätzen weit von dem außenpolitischen Konsens der demokratischen Parteien entfernt. Mit Aussagen wie „Der globalisierte Kapitalismus maß sich das Recht an, militärisch zu intervenieren, wo und wann immer er es für erforderlich erachtet“ beruft sich die PDS auf Lenin. Sie lehnt „militärische Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik strikt“ ab, ist für die „Auflösung der NATO und gegen die Militarisierung der Europäischen Union“ und wendet sich „gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr“. Dies begründet sie damit, dass „Menschenrechte [...] eine zivile, keine militärische Logik“ hätten.

Realitätsferne Beschlusslage

In Krisengebieten befürwortet sie somit eher Völkermord als friedensüberwachende, -erhaltende oder -schaffende Maßnahmen (selbst in Ost-Timor). Der von Hans Modrow eingebrachte Kompromissvorschlag, „die von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen [...] entsprechend ihrer (der PDS) Grundpositionen in jedem Fall zu prüfen“, kann die realitätsferne Beschlusslage nicht mildern.

In diesem Antragspiegel sich vor allem nur anti-westliche Ressentiments wider: „Bestehende Chancen für Frieden und Abrüstung und für ein ziviles und kooperatives internationales Sicherheitssystem werden vor allem von den USA und ihren NATO-Verbündeten bewusst missachtet“. Da die USA und der angelsächsische Kapitalismus für die PDS das Hauptübel sind, ist die Beschlusslage zumindest ideologisch folgerichtig. Offen bleibt, wie die PDS die militärischen Interventionen ihrer eigenen sozialistischen Tradition bewertet. Nach der gegenwärtigen Beschlusslage müsste die PDS

UNO-mandatierte Militärinterventionen auch zur Bekämpfung des Faschismus ablehnen. Konsequenterweise müsste die PDS nun einige Punkte ihrer eigenen sozialistischen Tradition überdenken. Der Spanische Bürgerkrieg gegen den Faschismus entspricht ebenso wenig der aktuellen Beschlusslage wie die Durchsetzung des Sozialismus in der UdSSR im Bürgerkrieg. Doch scheint die PDS mit diesen Widersprüchen keine Probleme zu haben.

Dass der Hauptfeind die USA ist, wurde auch in der Rede Biskys deutlich. Er konnte dem rheinischen Kapitalismus (mit wohlfahrtsstaatlichen Zügen) gegenüber dem angelsächsischen Kapitalismus, der auf dem Vormarsch sei, sogar einen gewissen Charme zusprechen. Daher will die PDS vor allem den angelsächsischen Kapitalismus bekämpfen. Die Welt wird aus klassischer sozialistischer Perspektive analysiert. So werden als neue Elemente des Kapitalismus „die Vorherrschaft von transnationalen Unternehmen auf den Weltmärkten, eine wachsende Bedeutung der internationalen Finanzmärkte [...] (und) die Tendenz zum Shareholder-Value-Kapitalismus“ gesehen. Bekämpft werden soll der Kapitalismus mit dem typischen Arsenal: Die Profitdominanz soll gebrochen werden, unternehmerische Gewinninteressen unter soziale und ökologische Kriterien untergeordnet werden, eine Verteilung soll von oben nach unten erfolgen.

Programmdebatte

Aus der Ablehnung des angelsächsischen Kapitalismus speist die PDS ihre anti-westlichen Ressentiments. „Zur Botschaft der PDS [...] gehört, dass sie dem amerikanischen Weg, dem angelsächsischen Kapitalismus, eine Alternative entgegensetzt.“

Entgegen der ursprünglichen Planung wurde der Beschluss, bis zum Sommer 2000 einen überarbeiteten oder neuen Programmwurf vorzulegen, aufgehoben. Erst der nächste Parteitag wird über den Verlauf der Debatte insgesamt entscheiden. Damit ist der Parteivorstand vor der innerparteilichen Opposition eingebrochen. Offenkundig hatte sich die Parteiführung über das tatsächliche Ausmaß des Widerstands getäuscht. Damit hat die PDS in einer entscheidenden strategischen Frage einen Rückschlag erlitten.

Strategischer Schachzug

Entgegen der weit verbreiteten Meinung, die PDS würde versuchen, sich zu sozialdemokratisieren, hat die Programmdebatte nur taktisch-strategische Bedeutung. Sowohl in den „Thesen zur programmatischen Debatte“ (PDS-Presse Dienst PID, Nr. 47/1999) als auch in der Rede Lothar Biskys wird klargemacht, dass dieses Programm nur so lange zu gelten habe, bis der Sozialismus sich wieder durchgesetzt habe. „Die sozialistische Vision ist für uns nicht Heilserwartung, sondern Orientierung unserer politischen Arbeit. Das für den programmatisch absehbaren Zeitraum relevante Ziel der PDS besteht darin, einen gesellschaftlichen Wandel einzuleiten“ (PID, Nr. 47/1999). Und noch deutlicher äußert sich Bisky in seiner Parteitage Rede: „Unser Handeln in einem überschaubaren Programmzeitraum wird auf absehbare Zeit innerhalb der gegebenen Strukturen im Ringen um deren schrittweisen Wandel stattfinden.“ Und weiter: „Immer geht es um machbares Heute, um Kompromisse mit anderen und dabei um Brücken zu einer künftigen Gesellschaft.“ Einer der zentralen Punkte der Programmdebatte lag im Verständnis von dem, was

Moderne ist und für die PDS sein soll. Der Begriff der „Moderne“, der in den neuen programmatischen Thesen beinhaltet ist und in der PDS – vor allem von den fundamentalistischen Strömungen um die Kommunistische Plattform und das Marxistische Forum – deutlich abgelehnt wird, wird von Bisky als Vertreter des Reformflügels verteidigt. Er begründet dies damit, dass die Rücknahme hart erkämpfter sozialer Reformen nur sinnverwirrend als Modernisierung bezeichnet würde. Modernisierung in den Farben der PDS hieße hingegen, jene Machtstrukturen infrage zu stellen, die soziale Polarisierung stiften, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit blockieren, patriarchale Herrschaft verfestigen und Ausplünderung der südlichen Halbkugel bedeuten.

Ökologie, Feminismus, Entwicklung

In dem Positionspapier zur ökologischen Zukunftspolitik der PDS offenbaren sich die programmatischen Defizite der PDS. Das Positionspapier zielt allerdings eher auf die mobilisierbaren Gruppen, wie Anti-Atomkraft-Bewegung und extremes linkes Milieu als auf eine ernst zu nehmende umweltpolitische Position. Daher hat die PDS auch nur beschlossen, den Atomausstieg „jetzt“ zu betreiben.

Die PDS beschreibt ein Szenario, das auf der Basis linearer Geschichtsbetrachtung steht. Das Hauptproblem der PDS liegt jedoch darin, dass die sozialistische Vorstellung von Vollbeschäftigung („Tonnenideologie“) und Ökologie zum Teil nur schwer vereinbar sind. Bei der Frage, was Vorrang habe, Ökologie oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen, tendiert die PDS dazu, den Arbeitsplätzen und somit der Wirtschaft den Vorrang zu geben. Um diesem Dilemma zu entgehen, beinhaltet der Antrag den klassi-

Das Korsett der alten Ideologie

schen Zirkelschluss: „Keinen Vorrang der Beschäftigung zulasten der Umwelt und keinen ökologischen Wandel ohne Verknüpfung mit starker Beschäftigungspolitik.“

Die PDS kann auch hier ihre etatistische Grundhaltung nicht verbergen, die im Widerspruch zu den Appellen an die Stärkung der Zivilgesellschaft steht. So fordert die PDS die „Demokratisierung des gesamten Forschungsprozesses, vor allem stärkere Information und Einflussnahme der an der Forschung Beteiligten“. Demokratisierung heißt im Sinne der PDS jedoch Steuerung und Lenkung durch einen starken Staat beziehungsweise die sozialistische Partei.

Die PDS weist zwar von sich, einem „kargen Leben das Wort zu reden“, betont jedoch, dass der „Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen [...], Beschäftigung für alle Arbeit Suchenden, Lebenschancen für die Persönlichkeitsentfaltung, Gesundheit, Ver-

drängung von Gewalt, Freizeit als Freiheitsraum und Kultur [...], wichtiger“ werden als „der Zuwachs stofflichen Verbrauchs“. Die Reduzierung von „Genuss auf stofflichen Konsum“ führe schließlich zu einer „Verschlechterung der Lebensqualität und einer Verödung der Lebensweise“. Offenkundig schwebt der PDS hier eher ein Leben auf vorzivilisatorischem Niveau bei voller Beschäftigung vor.

In den anderen Positionspapieren demonstriert die PDS, dass ihr die Themen Entwicklungspolitik und Feminismus letztlich fremd sind. Sie hat inhaltlich kaum etwas zu bieten, was wählermobilisierend wirken könnte. Da für sie die kapitalistische Weltordnung die Ursache allen Übels ist und nur die sozialistische Weltordnung die Lösung aller Probleme bietet, sind die Positionspapier-Anträge auf ausgesprochen niedrigerem programmatischen Niveau.

Systematische Missachtung von Kindern

„Eine systematische Verwirrung der Begriffe und der Wertigkeiten greift Raum: So wie es der Natur nach keine Homo-, Ehe' geben kann, so ist auch das Hinwegsehen über die Situation der heutzutage immer mehr in die Enge getriebenen Familien evident. Im Kern herrscht eine Missachtung von Kindern: Ihre natürliche und gesündeste Heimat, die Familie, wird im rotgrünen Gesellschaftsbild nur noch als subventionsempfangende Lebensform unter vielen gesehen, deren Krise man mit einer verdächtigen Ruhe hinnimmt. Wird nicht mit klammheimlicher Freude als ‚Zeitgeist' begrüßt, was in Wirklichkeit Kern eines linken Gesellschaftsprojekts seit über dreißig Jahren ist – nämlich die ‚Befreiung von der Familie'? Da man sie nicht per Dekret abschaffen kann, raubt man ihr die Vorrangstellung, die in der Verfassung festgeschrieben ist. Wie? Durch die weitestgehende rechtliche Gleichstellung nichtehelicher homosexueller Partnerschaften mit der Ehe könnten auch alle nichtehelichen heterosexuellen Partnerschaft auf Gleichbehandlung klagen – und Recht bekommen. Damit wäre die Vorrangstellung der Ehe endgültig beseitigt.“

(Guido Heinen am 11. Juli 2000 in *Die Welt*)